

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8422

"Absturz eines F-16 US-Kampfjets - Transparente Aufklärung und Schutz der Bevölkerung sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8422 vom 19.10.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 20.10.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/9071 des UV vom 22.10.2015
4. Beschluss des Plenums 17/9308 vom 02.12.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 59 vom 02.12.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Absturz eines F-16 US-Kampfjets – Transparente Aufklärung und Schutz der Bevölkerung sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz schriftlich und mündlich darüber zu berichten, welche möglichen Konsequenzen der F-16 Absturz vom 11. August 2015 für die Umwelt, die Bevölkerung vor Ort und insbesondere die Helferinnen und Helfer nach sich ziehen kann, sowie Auskunft über die Kommunikationsabläufe zwischen den bayerischen und amerikanischen Behörden zu erteilen.

Insbesondere auf folgende Fragen soll im Rahmen des Berichts eingegangen werden:

1. Konsequenzen für die Umwelt

- Von wem wurden an welchen Stellen Bodenproben entnommen und wie hoch waren die jeweils gemessenen Konzentrationen von Hydrazin und Kerosin bzw. anderer Schadstoffe?
- Welche konkreten Maßnahmen wurden und werden ergriffen, um die schädlichen Auswirkungen für die Umwelt so gering wie möglich zu halten und von wem werden diese durchgeführt?
- Wird oder wurde das Grundwasser untersucht, um abzuklären, ob eine unfallbedingte Verunreinigung vorliegt?

2. Gesundheitliche Auswirkungen

- Welche Konsequenzen wird die Staatsregierung aus dem Absturz ziehen und wie will die Staatsregierung den Schutz der Bevölkerung vor Ort sicherstellen?
- Enthielten mögliche scharfe Munition, Übungsmunition und Treibstoff der F-16 Maschine Bestandteile, die gegebenenfalls ge-

sundheitsgefährdend für Bevölkerung und / oder Helferinnen und Helfer sein können?

- Welche Folgen kann der Kontakt mit derartigen Substanzen für Helferinnen und Helfer mittel- und langfristig haben?
- Wer haftet für mögliche gesundheitliche Konsequenzen?

3. Behördenkommunikation

- Wie erfolgten Abstimmung und Informationsaustausch zwischen der Bundesregierung und der Staatsregierung in Bezug auf Übungsflüge ausländischer Militärs auf deutschem bzw. bayerischem Boden?
- Wieso wurden die Ermittlungen durch das US-Militär geleitet und wie wurde sichergestellt, dass diese auch mit der gebotenen Transparenz durchgeführt werden?
- Inwieweit sind bayerische Behörden in die Ermittlungen integriert und liegen bereits Einsatzberichte der Amerikaner vor?
- Welches militärische Ziel hatten die Übungsflüge am 11. August und über welche militärische Ausstattung bzw. Bestückung verfügte die Maschine?
- Welche Kenntnis hat die Staatsregierung über Übungsflüge anderer ausländischer Militärs über Bayern?
- Wie bewertet die Staatsregierung das Gefährdungspotenzial derartiger Übungsflüge?
- Auf welcher rechtlichen Grundlage finden Übungsflüge des amerikanischen Militärs über zivilem Gelände in Bayern statt?
- Wann und auf welchem Wege haben die zuständigen Behörden davon erfahren, dass das Hilfsteam, anders als zu Beginn kommuniziert, doch gefährdenden Substanzen ausgesetzt war und welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung daraus?
- Wie wird der Vorfall im Nachhinein mit den jeweiligen Beteiligten wie US-Militär, Kommunen, Einsatzkräften und Anwohnerinnen und Anwohnern aufgearbeitet und ist die Staatsregierung in diesen Prozess involviert?
- Wo können sich betroffene und interessierte Bürgerinnen und Bürger mit Fragen hinwenden und werden die Untersuchungsergebnisse öffentlich zugänglich gemacht?

Begründung:

Am 11. August 2015 ist ein US-Kampfjet vom Typ F-16 während eines Übungsflugs im Grenzgebiet zwischen Oberfranken und Oberpfalz abgestürzt. Die Medienberichterstattung der letzten Wochen fördert zunehmend besorgniserregende Details über den Unfall ans Tageslicht. So wurde entgegen der ur-

sprünglichen Informationen während des Absturzes gesundheits- und umweltgefährdendes Hydrazin freigesetzt, außerdem gelangten nicht unerhebliche Mengen Kerosin in den Boden. Die Bevölkerung vor Ort und insbesondere die zahlreichen Helferinnen und Helfer sind alarmiert und verlangen detaillierte Informationen über mögliche Konsequenzen des Unglücks.

Ihrer Addition außen vor gelassen. Das sind reine Landesmittel.

Wenn man hinzunimmt, dass wir die allgemeine Wohnraumförderung noch einmal um weitere 50 Millionen Euro aus der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt aufstocken und außerdem die 59,1 Millionen Euro verwenden, die nun vom Bund zur Verfügung gestellt werden, dann sind wir bei der allgemeinen Wohnraumförderung schon im kommenden Jahr bei 401 Millionen Euro. Zusammen mit den 150 Millionen Euro, die wir in dem Sonderprogramm für die Kommunen und Kirchen zur Verfügung stellen, liegen wir damit, mit Verlaub, schon bei 550 Millionen Euro für das kommende Jahr, für 2016. Davon stammen wohlgerne 120 Millionen Euro vom Bund und 430 Millionen Euro vom Freistaat Bayern. Das bitte ich bei der Gesamtbetrachtung zu würdigen, auch wenn man die Zahlen damit vergleicht, wie die zweifellos üppigen Wohnraumprogramme beispielsweise vor 25 Jahren ausgestattet waren. Damals war der Anteil des Bundes deutlich höher.

Ich glaube, dass wir jetzt schon einen Kraftakt unternehmen, indem wir ein Programm vorlegen, mit dem wir immerhin im Bereich der staatlich mitfinanzierten und geförderten Wohnungen zusätzlich zu den 2.000 Wohnungen, die die Staatsbediensteten-Wohnungsbaugesellschaft und das Siedlungswerk Nürnberg bauen wollen, insgesamt auf über 28.000 neue Wohnungen in den nächsten vier Jahren kommen.

Wohlgerne: Wir setzen weiterhin darauf, dass die Mehrzahl der Wohnungen generell Jahr für Jahr auf dem freien Wohnungsmarkt gebaut wird. Dazu brauchen wir die steuerlichen Anreize, und dazu ist es wichtig, dass, wie ich hoffe, in den nächsten Wochen auch in dieser Hinsicht in Berlin die richtigen Entscheidungen fallen. Insgesamt ist das, glaube ich, ein wirklich wuchtiger Wohnungspakt. Die Kommunen müssen – das will ich nicht verhehlen – noch dazu beitragen, dass insbesondere in den Ballungsräumen deutlich mehr Bauland ausgewiesen wird; denn es gibt bereits heute viele Investoren, die sagen: Wir wollen ja gerne investieren, aber wo bitte sind die bebaubaren Grundstücke? - Das muss auf jeden Fall in den nächsten Monaten noch hinzukommen. Da brauchen wir eine Offensive, da brauchen wir Bebauungspläne, die nicht fünf Jahre benötigen, bis sie in Kraft treten, sondern da müssen alle Kommunen und staatlichen Genehmigungsbehörden noch enger zusammenwirken und noch rascher arbeiten; denn ohne Bauland wird das Ganze nicht so wirksam werden, wie es wirksam werden könnte.

Ich bitte um Unterstützung für dieses wuchtige Programm. Ich glaube, dass wir uns damit sehen lassen

können. Für gute Vorschläge, was wir noch schneller und noch besser machen können, sind wir selbstverständlich offen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön, Herr Staatsminister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aussprache ist damit geschlossen.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, gebe ich Ihnen kurz den weiteren Verlauf der Sitzung bekannt. Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, dass der Tagesordnungspunkt 7 ohne Aussprache gleich abgestimmt wird. Außerdem werden die Tagesordnungspunkte 9 und 10 verschoben. Ob sie im nächsten Plenum dran kommen, ist noch nicht geklärt. Sie werden zunächst einmal nur abgesetzt. Tagesordnungspunkt 11 wird verschoben auf den 28.10., sodass wir jetzt nur noch gleich über den Tagesordnungspunkt 7 abstimmen und zum Tagesordnungspunkt 8 noch eine Debatte haben werden.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8418 – das ist der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER, über den in einfacher Form abgestimmt wird –, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte! – Das sind die Fraktion der CSU und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. Danke schön. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8441. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 20.32 bis 20.37 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Abstimmung ist geschlossen. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaals aus und fahren in der Tagesordnung fort.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/8419 bis 17/8424 und 17/8442 und 17/8443 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 7** auf:



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/8422**

**Absturz eines F-16 US-Kampfjets - Transparente Aufklärung und
Schutz der Bevölkerung sicherstellen**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Christian Magerl**
Mitberichterstatter: **Volker Bauer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 37. Sitzung am 22. Oktober 2015 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/8422, 17/9071

Absturz eines F-16 US-Kampfjets – Transparente Aufklärung und Schutz der Bevölkerung sicherstellen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz schriftlich und mündlich darüber zu berichten, welche möglichen Konsequenzen der F-16 Absturz vom 11. August 2015 für die Umwelt, die Bevölkerung vor Ort und insbesondere die Helferinnen und Helfer nach sich ziehen kann, sowie Auskunft über die Kommunikationsabläufe zwischen den bayerischen und amerikanischen Behörden zu erteilen.

Insbesondere auf folgende Fragen soll im Rahmen des Berichts eingegangen werden:

1. Konsequenzen für die Umwelt

- Von wem wurden an welchen Stellen Bodenproben entnommen und wie hoch waren die jeweils gemessenen Konzentrationen von Hydrazin und Kerosin bzw. anderer Schadstoffe?
- Welche konkreten Maßnahmen wurden und werden ergriffen, um die schädlichen Auswirkungen für die Umwelt so gering wie möglich zu halten und von wem werden diese durchgeführt?
- Wird oder wurde das Grundwasser untersucht, um abzuklären, ob eine unfallbedingte Verunreinigung vorliegt?

2. Gesundheitliche Auswirkungen

- Welche Konsequenzen wird die Staatsregierung aus dem Absturz ziehen und wie will die Staatsregierung den Schutz der Bevölkerung vor Ort sicherstellen?
- Enthielten mögliche scharfe Munition, Übungsmunition und Treibstoff der F-16 Maschine Bestandteile, die gegebenenfalls gesundheitsgefährdend für Bevölkerung und/oder Helferinnen und Helfer sein können?
- Welche Folgen kann der Kontakt mit derartigen Substanzen für Helferinnen und Helfer mittel- und langfristig haben?
- Wer haftet für mögliche gesundheitliche Konsequenzen?

3. Behördenkommunikation

- Wie erfolgten Abstimmung und Informationsaustausch zwischen der Bundesregierung und der Staatsregierung in Bezug auf Übungsflüge ausländischer Militärs auf deutschem bzw. bayerischem Boden?
- Wieso wurden die Ermittlungen durch das US-Militär geleitet und wie wurde sichergestellt, dass diese auch mit der gebotenen Transparenz durchgeführt werden?
- Inwieweit sind bayerische Behörden in die Ermittlungen integriert und liegen bereits Einsatzberichte der Amerikaner vor?
- Welches militärische Ziel hatten die Übungsflüge am 11. August und über welche militärische Ausstattung bzw. Bestückung verfügte die Maschine?
- Welche Kenntnis hat die Staatsregierung über Übungsflüge anderer ausländischer Militärs über Bayern?
- Wie bewertet die Staatsregierung das Gefährdungspotenzial derartiger Übungsflüge?
- Auf welcher rechtlichen Grundlage finden Übungsflüge des amerikanischen Militärs über zivilem Gelände in Bayern statt?
- Wann und auf welchem Wege haben die zuständigen Behörden davon erfahren, dass das Hilfsteam, anders als zu Beginn kommuniziert, doch gefährdenden Substanzen ausgesetzt war und welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung daraus?

- Wie wird der Vorfall im Nachhinein mit den jeweiligen Beteiligten wie US-Militär, Kommunen, Einsatzkräften und Anwohnerinnen und Anwohnern aufgearbeitet und ist die Staatsregierung in diesen Prozess involviert?
- Wo können sich betroffene und interessierte Bürgerinnen und Bürger mit Fragen hinwenden und werden die Untersuchungsergebnisse öffentlich zugänglich gemacht?

Die Präsidentin
I.V.

Inge Aures
II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Eigenverantwortliche Schule stärken: Schulbezogene Stellenausschreibungen und -besetzungen ermöglichen
Drs. 17/7655, 17/9167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Joachim Unterländer, Judith Gerlach u.a. CSU
Mehrere geringfügige Beschäftigungen neben einer Hauptbeschäftigung zulassen
Drs. 17/7690, 17/9153 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD
Europäische Datenschutz-Grundverordnung – hohe Standards sicherstellen!
Drs. 17/7762, 17/9171 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias,
Martina Fehlner u.a. SPD
Verbleib des Staatsarchivs in Würzburg
Drs. 17/7763, 17/9095 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bewährte Standards im Handwerk und den Freien Berufen schützen
Drs. 17/7894, 17/9152 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Vorgehen der Staatsregierung und der Behörden im Salmonellen-Skandal
aus rechtlicher Sicht
Drs. 17/8092, 17/9068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorgänge um Bayern-Ei umfassend aufklären
Drs. 17/8105, 17/9069 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Herbert Woerlein SPD
Erlaubnisfordernis für gewerbsmäßige Hundetrainer
nach § 11 Abs. 1 Tierschutzgesetz
Drs. 17/8214, 17/9070 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Barrierefreier Bahnhof Burgkunstadt
Drs. 17/8222, 17/9118 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl SPD
Bayernweite Informationsoffensive gegen Torfnutzung ins Leben rufen
Drs. 17/8306, 17/9168 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Kathi Petersen u.a. SPD
Traumapädagogik – ein Fortbildungsangebot für unsere Lehrkräfte
Drs. 17/8377, 17/9166 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima)
Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Öffnung des „Kulturfonds Bayern“ für die Förderung kommunaler Kulturzentren –
Ausweitung auf alle Gemeinden im „Raum mit besonderem Handlungsbedarf“
Drs. 17/8406, 17/9065 (E) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Absturz eines F-16 US-Kampfjets – Transparente Aufklärung und Schutz der
Bevölkerung sicherstellen
Drs. 17/8422, 17/9071 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Irreführende Werbung für Kinderlebensmittel stärker bekämpfen
Drs. 17/8424, 17/9072 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Genehmigung für neuen Verkehrslandeplatz Coburg
Drs. 17/8434, 17/9119 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)
Flugzeugabsturz eines US-Kampfjets in Engelmannsreuth (Oberfranken)
Drs. 17/8443, 17/9073 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Umsetzung der SEVESO III-Richtlinie auf Bundesebene
Drs. 17/8538, 17/9169 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Michael Brückner, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Torfnutzung bei staatlichen Stellen und den bayerischen Gartenschauen
Drs. 17/8666, 17/9170 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Stöttner u.a. und Fraktion (CSU)
Gesundheitswirtschaft in Bayern – Zahlen, Daten, Fakten
Drs. 17/8684, 17/9120 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Luftfahrtausbildung in Bayern standardisieren
Drs. 17/8761, 17/9091 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>